

Das anhaltende Asylchaos und die vom Staatssekretariat für Migration SEM für das Jahr 2024 erwartete hohe Zahl an Asylmigranten von zwischen 30'000 und 40'000 Personen hat massive Auswirkungen auf Gemeinden und Kantone. Einzelne Kantone haben deshalb bereits den Asyl-Notstand ausgerufen, weil sie insbesondere mit der Unterbringung von Asylmigranten überfordert sind und keine geeigneten Liegenschaften mehr finden.

Der Kanton Basel-Stadt ist von dieser anhaltenden Migrationswelle ebenfalls stark betroffen, weshalb er in den vergangenen Wochen gleich zwei neue Asylunterkünfte eröffnen musste. So wurde anfangs 2024 das Hochhaus an der Heuwaage als weitere Asylunterkunft (erneut) in Betrieb genommen. Dort sollen gemäss Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation Joël Thüring (Nr. 24.5116) bis mindestens Ende Januar 2025 bis zu 120 Asylmigranten v.a. aus der Türkei, Syrien, Afghanistan und afrikanischen Staaten untergebracht werden.

Ende Mai 2024 kommunizierte das WSU, dass eine weitere Asylunterkunft in der Inselstrasse eröffnet werden soll - nachdem im Kleinbasel bereits im vergangenen Jahr im Geviert Erlenmatt eine Unterkunft eröffnet wurde. Die Unterkunft an der Inselstrasse wird Platz für 150 Asylmigranten bieten, wobei auch diese vornehmlich aus den o.g. Staaten kommen. Der Kanton mietet das Gebäude bis Ende Januar 2027. Vorgesehen war von der Eigentümerschaft ursprünglich, dass nach der Kündigung der bisherigen Mieterschaft (infolge Sanierung), die v.a. bisherigen Mietparteien wieder einziehen können. Dieser Plan wurde aufgegeben und stattdessen ziehen nun Asylmigranten ein. Damit findet neuerdings eine Verdrängung von langjährigen Mietern aus preisgünstigen Wohnungen statt.

Gleichzeitig wird die Quartierbevölkerung zunehmend durch die Schaffung neuer Asylunterkünfte verunsichert. Oft müssen Sicherheitsdienste patrouillieren und für Ruhe und Ordnung sorgen und mindestens das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung schwindet. Es ist zudem festzustellen, dass eine enorme Massierung von Unterkünften in einigen wenigen Wohnquartieren entstanden ist, welche so für das Zusammenleben und das Sicherheitsempfinden nicht förderlich ist.

Dies wäre nicht notwendig, wenn das Asylchaos endlich behoben werden würde resp. der Kanton zur eigentlich vorgesehenen Unterbringung von Asylmigranten in Zivilschutzanlagen übergehen würde.

Die Motionäre ersuchen den Regierungsrat daher Massnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass keine neuen Asylunterkünfte in Wohnquartieren mehr errichtet werden und keine diesbezüglichen Wohnungen angemietet werden. Es ist stattdessen für alternative Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen.

Joël Thüring, Gianna Hablützel-Bürki, Patrick Fischer, Pascal Messerli, Beat K. Schaller, Roger Stalder, Daniela Stumpf Rutschmann, Felix Wehrli, Jenny Schweizer, Lorenz Amiet